



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD - Fraktion in der Stadtvertretung Norderstedt

An die
Vorsitzende des Stadtwerkeausschusses
der Stadt Norderstedt
Frau H. Peihs

- Rathaus -

Norderstedt, 15. Januar 2015

Antrag / Einführung von Prepaid-Stromzählern

Sehr geehrte Frau Peihs,

zur Tagesordnung des Stadtwerkeausschusses beantragt die
SPD-Fraktion die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes:

Einführung von Prepaid-Stromzählern durch die Stadtwerke Norderstedt

Hierzu beantragt die SPD-Fraktion:

Die Werkleitung wird gebeten, die Einführung von Prepaid-Zählern voran zu bringen.
In einem ersten Schritt sind die Notunterkünfte am Langenharmer Weg als Pilot-Projekt damit
auszustatten.

Drüber hinaus ist die Einführung weiterer Prepaid-Zähler offensiv zu bewerben und auf
Kundenwusch einzubauen.

Begründung:

Nach dem Koalitionsvertrag der CDU/CSU/SPD Bundesregierung ist die Ausstattung mit
Prepaidzählern voran zu bringen.

Viele Stadtwerke und Energieversorger nutzen bereits die Möglichkeit. Insbesondere aber im
europäischen Ausland ist eine intensive Nutzung vorhanden. Sie haben sich also im Alltag
bereits bewährt.

Hintergrund für die Ausstattung mit Prepaid-Stromzählern ist, dass Menschen mit geringem
oder nicht regelmäßigem Einkommen von Stromsperrern nicht oder wesentlich weniger
betroffen werden.

Das Einrichten einer Stromsperre und wieder aktivieren der Stromversorgung schlägt jeweils
mit ca. 100 € zu Buche. Diese Kosten sind von den Kunden zu tragen.

Dadurch geraten diese Menschen weiter in eine Schuldenspirale hinein und in vielen Fällen
auch nicht wieder heraus.

Fraktionsbüro

Rathaus Norderstedt
Rathausallee 50
22846 Norderstedt

Tel.: 040 / 53595-506
Fax: 040 / 53595-516
spd-fraktion-norderstedt@wtnet.de



Darüber hinaus wird durch die Prepaid Zähler der Stromverbrauch transparenter und es eröffnen sich auch Einsparmöglichkeiten, die diese Menschen zu einem sinnvolleren und für sie auch sparsameren Umgang mit Energie nutzen können.

Sicherlich sind diese Zähler teurer in der Anschaffung, aber diese sinnvollen Mehrkosten sollten im Zeichen eines mitmenschliche Umganges ausgegeben werden, da der Abwärtssog in eine Schuldenspirale, an deren Ende der Bezug von „Sozialhilfe bzw. Offenbarungseid“ stehen können, unterbrochen wird.

Auch die Stadtwerke sollten davon profitieren, da viele sinnlose Mahnverfahren erst gar nicht durchgeführt werden müssen.

Bei Außenständen von jährlich 200.000 € bis 300.000 € kann sicherlich ein nicht geringer Betrag auf diesem Wege wieder eingenommen werden. Dadurch können die Mehrkosten sicherlich in absehbarer Zeit wieder gedeckt werden.

Für die SPD-Fraktion

gez.

Nicolai Steinhau-Kühl
Stellv. Fraktionsvorsitzender

i.A. Michelle Kossel
Fraktionssekretärin